

Wahlprüfsteine des DGB Limburg-Weilburg zur Bundestagswahl 2017 für den Wahlbezirk Rheingau-Taunus-Limburg

Die Antworten der Direktkandidaten in voller Länge.

Klaus-Peter Willsch (CDU)

1. Sind Sie bereit, gegen die geplante Erhöhung der Militärausgaben von derzeit 30 Mrd. Euro auf ca. 70 Mrd. Euro zu stimmen?

Nein. Seit über 60 Jahren sind die Bundeswehr und unsere Nato-Mitgliedschaft der Garant unserer äußeren Sicherheit. Aufgrund ihrer hohen Einsatzbereitschaft, ihrer Professionalität und ihrer Menschlichkeit hat sie sich höchste Anerkennung im In- und Ausland erworben. Wir stehen zur Bundeswehr, ihren Soldatinnen und Soldaten und ihren Zivilangestellten, und werden dafür sorgen, dass sie ihre Aufgaben auch künftig erfüllen kann in den Einsätzen weltweit, bei der Bündnis- und Landesverteidigung und bei Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen in der Heimat. Damit die Bundeswehr diesen Aufgaben gewachsen ist und die Soldatinnen und Soldaten die Ausrüstung und die Arbeitsbedingungen erhalten, die sie brauchen, haben wir auf Grundlage des neuen Weißbuches der Bundesregierung von 2016 eine Trendwende eingeleitet. Nach 25 Jahren der Schrumpfung wächst die Bundeswehr wieder. Sie erhält jetzt mehr Personal, mehr modernes Material, eine ausreichende Finanzausstattung.

2. Wie stehen Sie zur Einführung eines gesetzlichen Personalschlüssels in der Kranken- und Altenpflege für eine humane Versorgung der PatientInnen und zur Entlastung der Beschäftigten?

Wir wollen noch mehr Menschen für eine Tätigkeit im Gesundheitswesen gewinnen. Nach der Modernisierung der Ausbildung in den Pflegeberufen gilt es, sowohl in unseren Krankenhäusern als auch der Altenpflege die Arbeitsbedingungen unserer Pflegekräfte weiter zu verbessern. Die auf den Weg gebrachten Verbesserungen bei der Personalausstattung werden wir daher entschlossen umsetzen.

3. Wie stehen sie zu den DGB-Forderungen zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen und einem gesetzlichem Rückkehrrecht von Teilzeit- in Vollzeitarbeit?

Auch sachgrundlose Befristung können eine der Brücken sein, die gerade Langzeitarbeitslosen den Weg in Arbeit möglich macht. Befristete Stellen werden von Firmen nicht aus Spaß vergeben, sondern sie überbrücken Unsicherheiten in der Entwicklung des Arbeitgebers. Nach wie vor ist befristete Beschäftigung für die Menschen besser als unbefristete Arbeitslosigkeit.

Schon heute gibt es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf Teilzeit. Um Eltern die Rückkehr in Vollzeit zu erleichtern, wollen CDU und CSU künftig in Betrieben ab einer bestimmten Größe auch einen Anspruch auf befristete Teilzeit schaffen. Dabei soll zügig mit den Sozialpartnern über Art und Inhalt der Regelung gesprochen werden.

4. Der DGB fordert die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Stimmen Sie dem zu?

Nein, die Arbeitskosten dürfen nicht weiter in die Höhe getrieben werden. Das vernichtet Arbeitsplätze.

5. Wie stehen Sie zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer?

Verschlechterungen bei der Erbschaftsteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer lehnen wir ab.

6. Würden Sie der Forderung zur Rücknahme der Rente mit 67 zustimmen und welches Rentenniveau sollte aus Ihrer Sicht kurz- und langfristig erreicht werden?

CDU und CSU bekräftigen die Rentenreform der Großen Koalition von 2007. Sie hat die Weichen für die Entwicklung des Renteneintrittsalters bis 67, des Rentenniveaus und der Rentenbeiträge bis zum Jahr 2030 umfassend und erfolgreich gestellt. Damit wurde auch die Generationengerechtigkeit verlässlich gesichert. An eine Absenkung der Lebensarbeitszeit ist angesichts der ständig steigenden Lebenserwartung nicht zu denken.

7. Die GdP fordert sowohl auf institutioneller als auch auf gesellschaftlicher Ebene (z. B. Bekämpfung der Islamophobie, Ausbau der Sozialarbeit) islamistische Radikalisierung zu bekämpfen. Für welche Maßnahmen werden Sie sich einsetzen?

Den Missbrauch des Islam für Hass, Gewalt, Terrorismus und Unterdrückung lehnen wir gemeinsam mit allen friedlichen Muslimen ab und akzeptieren ihn nicht. Moscheen, in denen Hass und Gewalt gepredigt werden, in denen sich Salafisten oder Gefährder treffen, müssen geschlossen werden. Die betreffenden Personen müssen mit der Härte des Gesetzes verfolgt und – soweit sie nicht Deutsche sind – abgeschoben werden.

Martin Rabanus (SPD)

1. Sind Sie bereit, gegen die geplante Erhöhung der Militärausgaben von derzeit 30 Mrd. Euro auf ca. 70 Mrd. Euro zu stimmen?

Antwort: Nein, das ist völlig überdimensioniert und die dafür nötigen Mittel fehlen u.U. im Bildungsbereich. Für mich ist eine gut ausfinanzierte Bildung grundlegend für das Zusammenleben in unserem Land und Grundlage sozialer Teilhabe und Mobilität. Sicherheit und Stabilität wird auch durch Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung und nicht nur durch Militärausgaben gewährleistet.

2. Wie stehen Sie zur Einführung eines gesetzlichen Personalschlüssels in der Kranken- und Altenpflege für eine humane Versorgung der PatientInnen und zur Entlastung der Beschäftigten?

Antwort: Das deutsche Gesundheitssystem gehört zur weltweiten Spitze. Damit das so bleibt, setzt sich die SPD für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal in Krankenhäusern ein. Wir wollen verbindliche Personalstandards umsetzen. Mit dem Pflegeberufegesetz haben wir das Berufsbild modernisiert und nach der Wahl wollen wir ein Sofortprogramm für mehr Personal in der Pflege umsetzen und so Entlastung schaffen.

3. Wie stehen Sie zu den DGB-Forderungen zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen und einem gesetzlichem Rückkehrrecht von Teilzeit- in Vollzeitarbeit?

Antwort: Ein sicherer Arbeitsplatz ist grundlegend für die Lebens- und Familienplanung. Deshalb will die SPD die sachgrundlose Befristung im Teilzeit- und Befristungsgesetz abschaffen. Dazu gehört aus unserer Sicht ebenso die längst überfällige Weiterentwicklung des Teilzeitrechts zum Recht auf befristete Teilzeit und Rückkehr in Vollzeitarbeit, was die Union im Bundestag im März 2017 noch blockierte.

4. Der DGB fordert die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Stimmen Sie dem zu?

Antwort: Im Zusammenhang mit der angestrebten Einführung der Bürgerversicherung für alle Versicherten in Deutschland wollen wir ebenfalls die paritätisch Beitragsleistung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder einführen.

5. Wie stehen Sie zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer?

Antwort: Ziel der SPD ist es, Einkommen aus Arbeit und Kapital wieder gleich zu besteuern. Dafür wollen wir große Erbschaften wieder stärker besteuern. Wir streben eine umfassende Erbschaftsteuerreform mit hohen Freibeträgen an, damit nicht das normale Haus der Eltern oder Großeltern betroffen ist.

6. Würden Sie der Forderung zur Rücknahme der Rente mit 67 zustimmen und welches Rentenniveau sollte aus Ihrer Sicht kurz- und langfristig erreicht werden?

Antwort: Auch wenn das deutsche Rentensystem derzeit gut da steht, warten große Herausforderungen. Die Rücknahme der Rente mit 67 passt da nicht ins Bild. Die Rente mit 67 ist auch ein Beitrag zur langfristigen Stabilisierung des Rentenniveaus. Eine angemessene Rente sollte am Ende eines Arbeitslebens stehen. Wechselnde Erwerbsphasen oder Kindererziehungszeiten müssen zukünftig mehr berücksichtigt werden.

7. Die GdP fordert sowohl auf institutioneller als auch auf gesellschaftlicher Ebene (z. B. Bekämpfung der Islamophobie, Ausbau der Sozialarbeit) islamistische Radikalisierung zu bekämpfen. Für welche Maßnahmen werden Sie sich einsetzen?

Antwort: Islamistische Tendenzen wollen wir an mehreren Fronten bekämpfen: 1. Null-Toleranz-Politik gegenüber Hasspredigern und Islamisten. Zerschlagung der Strukturen und Finanzströmen. 2. Aufklärung, Zusammenarbeit mit den vielen nicht-radikalen Moscheegemeinden und islamischen Verbänden, Stärkung der Beratungs-/Präventionsarbeit sowie Verbreitung alternativer Gegenpositionen zu Hassbotschaften im Netz.

Benno Pörtner (Die Linke)

1. Sind Sie bereit, gegen die geplante Erhöhung der Militärausgaben von derzeit 30 Mrd. Euro auf ca. 70 Mrd. Euro zu stimmen?

Ja!

2. Wie stehen Sie zur Einführung eines gesetzlichen Personalschlüssels in der Kranken- und Altenpflege für eine humane Versorgung der PatientInnen und zur Entlastung der Beschäftigten?

Ich bin für die Einführung eines gesetzlichen Personalschlüssels. Er ist dringend notwendig!

3. Wie stehen Sie zu den DGB-Forderungen zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen und einem gesetzlichem Rückkehrrecht von Teilzeit- in Vollzeitarbeit?

Die Forderungen zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen und einem Rückkehrrecht von Teilzeit- in Vollzeit unterstütze ich!

4. Der DGB fordert die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Stimmen Sie dem zu?

Dem stimme ich zu !

5. Wie stehen Sie zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer?

Ich bin für die Wiedereinführung einer spürbaren Vermögens- und Erbschaftssteuer für große Vermögen und Erbschaften.

6. Würden Sie der Forderung zur Rücknahme der Rente mit 67 zustimmen und welches Rentenniveau sollte aus Ihrer Sicht kurz- und langfristig erreicht werden.

Ich bin für die Rücknahme der Rente mit 67 auf 65 Jahre und dafür das Renten-niveau sofort wieder auf 53% festzusetzen.

7. Die GdP fordert sowohl auf institutioneller als auch auf gesellschaftlicher Ebene (z. B. Bekämpfung der Islamophobie, Ausbau der Sozialarbeit) islamistische Radikalisierung zu bekämpfen. Für welche Maßnahmen werden Sie sich einsetzen?

Ich setze mich für alle sinnvollen, am besten präventiven Projekte und Aktivitäten ein, die jedweder Radikalisierung entgegenwirken.

Timo Müller (Bündnis 90/Die Grünen)

1. Sind Sie bereit, gegen die geplante Erhöhung der Militärausgaben von derzeit 30 Mrd. Euro auf ca. 70 Mrd. Euro zu stimmen?

Antwort: Jederzeit. Militär und Waffen schaffen keinen Frieden, sondern Tod, Leid, Zerstörung und Vertreibung. Außerdem gibt es mehr als genug sinnvolle Vorhaben, die man mit 40 Milliarden Euro politisch umsetzen könnte. Dieses Geld durch neue Waffen buchstäblich zu verpulvern, ist keines davon.

2. Wie stehen Sie zur Einführung eines gesetzlichen Personalschlüssels in der Kranken- und Altenpflege für eine humane Versorgung der PatientInnen und zur Entlastung der Beschäftigten?

Antwort: Das halte ich für dringend notwendig. Meine Frau ist selbst examinierte Krankenpflegerin, daher kenne ich die Überlastung, die aus Profitgier und Sparen am falschen Ende entsteht. Pflegekräfte verdienen eigentlich viel mehr (Lohn, Anerkennung und Stellenwert), als sie derzeit bekommen.

3. Wie stehen sie zu den DGB-Forderungen zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen und einem gesetzlichem Rückkehrrecht von Teilzeit- in Vollzeitarbeit?

Antwort: Sachgrundlose Befristung ist kein Motor für den Arbeitsmarkt, sondern destabilisiert Arbeitsverhältnisse, schafft Unsicherheit und Zukunftsängste bei den Betroffenen und verhindert eine verlässliche Lebens- und Familienplanung.

Ein gesetzliches Vollzeit-Rückkehrrecht unterstütze ich, da es einen Beitrag sowohl zur Gleichberechtigung der Frauen als auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten würde.

4. Der DGB fordert die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Stimmen Sie dem zu?

Antwort: Ich setze mich sehr dafür ein, die paritätische Finanzierung wiederherzustellen. Derzeit ist der Arbeitgeberanteil eingefroren und die ArbeitnehmerInnen müssen alle Beitragssteigerungen alleine stemmen. Das ist ungerecht und muss schnellstmöglich wieder korrigiert werden.

5. Wie stehen Sie zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer?

Antwort: Ich bin der Ansicht, dass die seit Jahren laufende Umverteilung von unten nach oben gestoppt und umgekehrt werden muss. Dazu bedarf es eines höheren Spitzensteuersatzes. Auch eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer halte ich für notwendig – im Sinne des Grundgesetzes Art. 14 (2): „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

6. Würden Sie der Forderung zur Rücknahme der Rente mit 67 zustimmen und welches Rentenniveau sollte aus Ihrer Sicht kurz- und langfristig erreicht werden?

Antwort: Die Rente mit 67 sollte zurückgenommen werden und das Rentenniveau muss kurzfristig stabilisiert, mittel- und langfristig wieder auf über 50% angehoben werden. Um das zu finanzieren, sollten alle Berufsgruppen Beiträge zur gesetzlichen Rente zahlen. Parallel dazu muss die Subventionierung privater Versicherungskonzerne beendet werden und das Geld zur Stärkung der gesetzlichen Rente verwendet werden – Beispiel Österreich.

7. Die GdP fordert sowohl auf institutioneller als auch auf gesellschaftlicher Ebene (z. B. Bekämpfung der Islamophobie, Ausbau der Sozialarbeit) islamistische Radikalisierung zu bekämpfen. Für welche Maßnahmen werden Sie sich einsetzen?

Antwort: Radikale Ideologien, ob islamistisch oder rechtsradikal, verfangen immer bei den Benachteiligten und Abgehängten der Gesellschaft. Das beste Gegenmittel ist daher nicht Überwachungsstaat, Polizei oder „Antiterror“-Gesetzesverschärfung, sondern echte Integration. Wer merkt, dass diese Gesellschaft sie/ihn wirklich dabei haben will, verfällt nicht in Hass und radikale Gedanken.